



LUZERNER UNIVERSITÄTSREDEN NR. 32

Dr. Tito Tettamanti

65 Jahre Erinnerungen

Filz, Political Correctness und staatliche Regelungswut in einer sich ändernden Schweizer Gesellschaft – Erfahrungen eines Geschäftsmannes



Autor

Dr. Tito Tettamanti

Rechtsanwalt und Notar

Gründer der Treuhandgesellschaft Fidinam

Unternehmer und Investor im internationalen Immobilien- und Finanzsektor

Mitglied und Präsident zahlreicher Verwaltungsräte

Aktionär von Schweizer Unternehmen im Industriesektor und im Verlagswesen

Autor diverser Bücher und Beiträge in Zeitungen und Fachzeitschriften

Impressum

Herausgeber

Rektor der Universität Luzern

Herausgeberbeirat

Dekane der Fakultäten

Redaktion

Dr. Markus Vogler

Layout

Daniel Jurt

ISBN 978-3-9524874-4-0

Oktober 2018

Publiziert mit freundlicher Unterstützung von Prof. Dr. Peter von Moos

Inhalt

Tito Tettamanti

65 Jahre Erinnerungen

7

Filz, Political Correctness und staatliche Regelungswut in einer sich ändernden Schweizer Gesellschaft – Erfahrungen eines Geschäftsmannes

Titel früherer Universitätsreden

22

65 Jahre Erinnerungen

Filz, Political Correctness und staatliche Regelungswut in einer sich ändernden Schweizer Gesellschaft – Erfahrungen eines Geschäftsmannes¹

Dr. Tito Tettamanti

Danke für die geschätzte Einladung, die bestätigt, was Professor Dr. Theo Guhl, berühmt durch seinen OR-Kommentar, uns Studenten in Bern lehrte: Um in der Schweiz Karriere zu machen, muss man Geduld haben, Oberst werden und alt genug werden. Alt genug, um als Zeitzeuge eingeladen zu werden, bin ich geworden. Und je älter ich werde, desto höher wird marktwirtschaftlich mein Wert.

I. Erfahrungen mit dem Wirtschaftsfilz

Sie erwarten von mir meine Erinnerungen und Erfahrungen an und mit dem Wirtschaftsfilz in der Schweiz. Eines vorweg: «Filz» ist nicht per se etwas nur Negatives oder Schädliches. Er ist der Ausdruck von Verhaltensweisen, von ungeschriebenen Regeln, die dem Establishment erlauben, seine Rolle zu spielen. Jede Gesellschaftsform braucht Führung, die Wirtschaftsführung organisiert sich mitunter im Filz.

Meine Investition bei Sulzer in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre ermöglichte es mir erstmals, den Schweizer Wirtschaftsfilz näher kennenzulernen – damit gleichsam auch den Kulturunterschied zwischen USA-erfahrenen Unternehmern und einer unter Schweizer Unternehmern herrschenden Mentalität, die sich später notabene stark geändert hat. Damals drückte sich das Wesen des Wirtschaftsfilz unter anderem in der Zusammensetzung der Verwaltungsräte aus: Da sassen einige Generaldirektoren von Grossbanken, einige Nationalräte oder Ständeräte, angesehene Anwälte, Oberste ausser Dienst und befreundete Unternehmer. Von ihnen verlangte man nicht, dass sie sich um die Führung der Firma kümmerten, diese lag sowieso in den festen Händen eines Familienmitglieds oder

¹ Bei diesem Text handelt es sich um ein am 17. April 2018 auf Einladung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern gehaltenes Referat im Rahmen der Reichmuth & Co Lecture No. 9. Der Vortrag wurde ohne Vorlage gehalten. Der Text ist vom Autor nachträglich angefertigt worden, um seine frei gesprochenen Gedanken zusammenzufassen.

Vertretern der grossen Aktionäre. Die Nützlichkeit der Verwaltungsräte bestand in etwas anderem: Einerseits war es eine Ehre und Anerkennung, in einem solchen Gremium zu sitzen, andererseits bürgte die Präsenz von angesehenen Persönlichkeiten der Kommunität für die Reputation der Firma.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren Firmen noch meistens Familienunternehmen mit einem Patron, einer Klasse, der die Schweizer Wirtschaft sicher viel schuldet, und der unser Land sicher auch seinen grossen Wohlstand verdankt.

Der Beitritt in die Verwaltungsräte war also ein gegenseitiger Beweis der Wertschätzung – spezielle Kenntnisse, Beiträge oder Managementenerfahrung für die spezifische Firma verlangte man jedoch nicht. Das intensive Netz von Verwaltungsratsgremien war eine nützliche Plattform für das Establishment.

Ein Beispiel ist der Verwaltungsrat von Swissair. Er war besetzt mit den besten Namen, die die Schweiz zu bieten hatte – und die Mitglieder hatten alle eines gemeinsam, sie verstanden nichts (oder fast nichts) von Fluggesellschaften. Wie wichtig Namen und Reputation waren, beweist die seinerzeit veröffentlichte konsolidierte Bilanz der Bührle. Sie war nicht revidiert, trug keine Unterschrift eines Revisors, die Unterschrift von Herrn Bührle genügte. Leider erwies sich der Betrag von über zwei Milliarden an Equity, der hier publiziert war, als eine krass fehlerhafte Bewertung.

In diesem Umfeld erscheint nun ein unbekannter Tessiner, der sich gemäss der amerikanisch-schroffen Kultur benimmt. In den USA galten Geld, Ideen, Professionalität, keine Sentimentalität. Business ist Business, no personal feelings, und eine nötige Mischung von Mut und Frechheit vor Name und Beziehungen. Der Crash war also vorprogrammiert.

Herr Borgeaud, Big Boss von Sulzer, und ich konnten unterschiedlicher nicht sein. Herr Borgeaud war ein ehrlicher, seelisch und leidenschaftlich mit seiner Firma verbundener Statthalter. Er betrachtete es als seine Aufgabe, die Tradition der Branche und den Namen weiterzuführen. Die Dividenden für die Aktionäre waren nicht seine erste Sorge. Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, ihm einen goldenen Fallschirm in Millionenhöhe zu offerieren. Nicht nur hätte er nicht akzeptiert – die Offerte wäre eine Beleidigung gewesen. Er war gleichzeitig ein echter und mächtiger Vertreter des Establishments als Vorortpräsident, Vizepräsident des Verwaltungsrates des Bankvereins usw.

Gemeinsam mit Freunden hielt ich mehr als 30 Prozent der Aktien der Sulzer. Das hat die Sulzer-Vertreter beunruhigt, wir waren unerwartete und zur damaligen Zeit auch beunruhigende Störenfriede. Es war meines Wissens das erste Mal, dass in der Schweiz ein «Activist shareholder» (eine zu der Zeit unbekannte Figur) in Erscheinung trat. Das hatte ich in den USA gelernt. Und weil die Sulzer-Vertreter und ihre Berater von der Kreditanstalt darauf nicht vorbereitet waren, haben sie den ersten Fehler gemacht.

Herr Baltensweiler, der sympathische Präsident von Sulzer und Swissair, ausserdem Verwaltungsrat der Kreditanstalt und anderer Gesellschaften (Filz!), bat mich um eine Be-

sprechung bei der Kreditanstalt. Pünktlich (wenn ein Deutschschweizer sich verspätet, ist es höhere Gewalt, für einen Tessiner bedeutet es schlechte Angewohnheit) stehe ich vor der Tür. Man lässt mich eine Viertelstunde warten (das gehörte zur Show), und nachher erschienen nicht Baltensweiler und Borgeaud, sondern ein Direktor der Kreditanstalt namens Rudloff. Mit Süffisanz teilte er mir mit, dass, um zu vermeiden, dass ich eine schlechte Figur mache und Geld verliere, die Kreditanstalt bereit sei, mir entgegenzukommen und mir die Sulzer-Aktien zu meinem Einstandspreis zurückzukaufen. Das Establishment auf dem hohen Ross war der Annahme, der kleine unbekannte Investor würde sich schon erschrecken lassen. Meine Antwort kam prompt, und mit einem Lächeln: «Hoch interessant, Sie hören von mir.» Ich stand auf und war weg. Nach zwei Wochen riefen mich Baltensweiler und Borgeaud an und besuchten mich in Lugano. Borgeaud offerierte mir, Mitglied des Verwaltungsrates von Sulzer zu werden. Ich erklärte ihm, dass ich nicht an einem Sitz im Verwaltungsrat interessiert sei. Borgeaud war erstaunt: Wie konnte man einen Platz im Verwaltungsrat von Sulzer, einer der wichtigsten und renommiertesten Schweizer Gesellschaften, ablehnen? Das konnte nur ein Zeichen von Arroganz sein. Was ich stattdessen wollte, war eine Einigung über eine Strategie, die Sulzer zum Erfolg führte – um den Wert der Aktien zu erhöhen. Die Antwort von Borgeaud (der mich abermals missverstand und glaubte, dass ich im Ausschuss Einsitz nehmen wollte): «Herr Tettamanti, Sie müssen sich bewähren.» Meine Reaktion: «Ich bin nicht vorbestraft.» Ich habe erst später verstanden, dass Herr Borgeaud mich nicht beleidigen wollte, klar war aber spätestens nach diesem Gespräch: Wir vertraten zwei verschiedene Kulturen – die des Schweizer Establishments, für das man eine Stufe nach der anderen hinaufsteigen muss, das Vertrauen gewinnen, sich bewähren, und die amerikanischen Investoren. Regel Nr. 1 von Professor Guhl – Geduld! – gegen die Haltung «Ehrungen sind mir Wurst! Was mich interessiert, ist Einfluss für die Aktionäre.»

Warum wurde später Werner K. Rey, der uns einen Haufen Geld für unsere Aktien cash bezahlt hat, als Ersatz für uns – als Aktionär – akzeptiert? Weil man wusste, dass er verschuldet war, auch gegenüber dem Bankverein, dessen Vize-Präsident Herr Borgeaud war (Filtz!). Man wusste, dass er Anerkennung suchte, vielleicht auch um mehr Kredit zu bekommen, und sicher nicht in der Lage war, die Sulzer-Führung zu stören.

Der Fall Rieter war auch interessant. Im Grunde genommen schlug ich gegen Ende der 80er-Jahre schon vor, die gleiche Trennung vorzunehmen, die 25 Jahre später von zwei erstklassigen Industriellen wie Pieper und Spuhler vorgenommen wurde, nämlich die Autokomponenten-Sparte (die ich bei Saurer vorsah) und die Sparte der Textilmaschinenindustrie (die ich bei Rieter vorsah) zu trennen, um besser zu fokussieren. Aber ich habe zwei Fehler begangen: Ein grosses Paket von Rieter zu haben galt für mich als Voraussetzung, um mich mit an den Tisch zu setzen. Aber Aktien von Rieter in grossem Umfang zu kaufen, ohne die Firma zu informieren, das wurde im Verwaltungsrat als unanständig betrachtet. Der zweite Fehler war die Geschwindigkeit. Guhl: Geduld! Aber: Time is of essence, dachte ich.

Das Establishment setzte für Geschäfte voraus, dass man sich viel besser kenne und vertraue und dass man sich über die Absichten in jedem Detail im Klaren sei, um keine Risiken einzugehen. Die Unterredungen zwischen Rechtsanwalt Kundert, Verwaltungsratspräsident, und mir hatten folglich etwas Kafkaeskes: Ich wollte abschliessen, während er sich immer weiter annähern wollte, um uns besser zu kennen, um meine Absichten richtig zu verstehen. Hätte man also vor 25 Jahren machen können, was erst später aufgrund von industriellen Notwendigkeiten realisiert wurde? Ich weiss es nicht. Vielleicht waren die Zeiten noch nicht reif genug. Wahrscheinlich haben Ungeduld und kulturelle Unterschiede eine grössere Rolle gespielt.

Es gibt einen weiteren, heute in Vergessenheit geratenen Fall in meiner Unternehmer- und Investorenkarriere, in dem der Filz eine grosse, entscheidende Rolle gespielt hat. Nach Sulzer hatte ich eine «Hostile Takeover-Offerte» (feindliche Offerte für die Übernahme) der Versicherungsgesellschaft «La Suisse» mit Sitz in Lausanne gemacht. Ich glaube, das war das erste Mal, dass so etwas in der Schweiz passierte. Die Suisse wollte aber gar nicht mit uns verhandeln – und hat eine andere Lösung gesucht und auch gefunden in der Rentenanstalt (heute Swiss Life), die eine Offerte von 12 000 Franken pro Aktie (etwas höher als unsere erste Offerte) machte. Wir haben geantwortet mit einer Offerte von 14 000 Franken. Zwischen zwei bedingungslosen Cash-Offerten, eine von 12 000 Franken (Rentenanstalt) und unserer von 14 000 Franken, hat der Verwaltungsrat dann das schlechtere Angebot für die Aktionäre gewählt.

Heute wäre das unmöglich (wir können uns die Reaktion von Ethos vorstellen), ja die Verwaltungsräte könnten dafür sogar verklagt werden. Aber zu jener Zeit waren Filz und Namen wichtiger als Strategien. Unsere Unternehmensstrategie hätte vielleicht für die Romandie interessanter sein können, den Zuschlag erhielt die «solide» Rentenanstalt. Nach diesem Fall wurden in der Schweiz Gesetze erlassen zu Dingen, die zuvor keiner Regelung bedurften, etwa zu Insider-Aktivitäten, zum «acting in concert» und zur Meldung von Aktienpaketen, die eine gewisse Schwelle überschritten.

Lange Geschichte. Und in der Zwischenzeit hat sich die Kultur geändert. Leider haben während der Transition viele Schweizer Gesellschaften und ihre Aktionäre gelitten. Die Statthalter, denen für ihre Ehrlichkeit und Loyalität, für ihre Verbundenheit mit der Familie Lob und Ehre gebührt, die aber manchmal auch zu konservativ und gehemmt waren, sind durch Profimanager ersetzt worden. Ja, Manager sind Söldner. Aber sie sind nützlich, wenn sie die Gabe, Fähigkeit und Härte haben, die für ihre Arbeit heute verlangt werden. Verwaltungsratsgremien haben grosse Verantwortlichkeiten, und entsprechend hoch sollten die Voraussetzungen für die Wahl als Verwaltungsrat sein. Es braucht die richtigen Kompetenzen, das nötige Fachwissen und lieber mehr als weniger Unabhängigkeit.

II. Political Correctness und Medieninvestitionen

Was hat mich dazu veranlasst, später zu einem Investor im Schweizer Mediensystem zu werden? Dazu muss ich etwas ausholen, denn letztlich geht es dabei um Werte und Kulturen, die es meiner Ansicht nach wert sind, verteidigt zu werden. Sie hören es ja: Ich bin immer sehr profiliert und vertrete meine Ideen ohne Hemmungen, aber masse mir nicht an, Depositär der Wahrheit zu sein. Im Tessiner Grossrat hatte ich einen alten Kollegen – er war vielleicht 60, ich damals 24 – der ganz seriös seine Interventionen immer mit dem Satz «das ist meine Meinung und ich teile sie» abschloss. So, meine Damen und Herren, dies ist meine Meinung und ich teile sie. Aber darf ich sie noch öffentlich teilen? Und wenn ja, in welcher Form oder wie lange noch?

In der zweiten Hälfte der 1980er- und anfangs der 1990er-Jahre war das Phänomen «Political Correctness» in den USA schon virulent, wurde von dort nach Europa importiert. Am Anfang beschrieb der Begriff die Überzeugung, Worte, Ausdrücke und Handlungen zu vermeiden, die andere beleidigen könnten – speziell aus Gründen der Rasse, der Hautfarbe oder aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Neigungen. Die Bewegung hat sich seither zum Mainstream entwickelt, aber auch kulturell radikalisiert: In einigen anerkannten Universitäten werden seither, so Oliver Zimmer in der «Zeit», «das bisherige Wissen und der Methodenkanon als ein weisses phallokratisches, heterosexuelles Unterdrückungsinstrument betrachtet». Schluss also mit Kursen über die «Dead Western Zivilisation»! Die Studenten (und auch einige Professoren) verlangten mehr Platz für weibliche und ausereuropäische Intellektuelle, die ihrerseits immer stärker auf die Miteinbeziehung aller nur denkbaren Minderheiten zielten. In Europa wurde das Konzept vor allem von linken Intellektuellen gehegt und gepflegt, immer öfter auch im Hinblick auf Sprachgebote und -verbote. Wie sollte gesprochen werden? «Gefühlvoll, nachsichtig, die Geisteshaltung des ständigen und systematischen Verzeihens pflegend, mit Empathie und menschlicher Wärme und Würde, die das Konzept der Ehre ersetzen» (Luca Ricolfi).

Das führte nicht nur in Italien zu grotesken Konsequenzen, aber dort wurde etwa beantragt, dass Passagen aus Dantes «Göttlicher Komödie» zu streichen seien, weil sie die Sensibilität der Frauen oder Homosexueller beleidigen könnten. Gewisse Änderungen der Sprache waren nachgerade lächerlich: der Strassenfeger («spazzino») wurde zum «neturbino» («Cityfant») promoviert, wenig später zum «operatore ecologico» (ökologischen Operateur).

Die Liberalen haben die Gefahr dieser Entwicklung früh erkannt: Alle Versuche, die Menschen im Guten und Schlechten durch die Sprache voneinander zu trennen, oder darüber die öffentliche Meinung und Haltung zu beeinflussen, waren und sind gefährlich, denn sie rechtfertigen indirekt die Arroganz, mit Andersdenkenden nicht mehr sprechen zu wollen, in diesem Fall mit dem «politisch unkorrekten» Menschen. Er sei, so das radikalisierte Anliegen derjenigen, die sich «auf der richtigen Seite» wähnten und wähnen, nicht länger würdig, Teil einer Diskussion zu sein. Das ist, um es etwas pointiert zu sagen, nichts ande-

res als das Wiedererrichten einer Tugenddiktatur, die Renaissance des kommunistischen «pensiero unico» – das angestrebte Ende der Debatte, weil Andersdenkende ohnehin nur Faschisten sein konnten.

Anfang der 1990er-Jahre war die Pleite der kommunistischen Systeme auch für jeden linken Intellektuellen ersichtlich. Sie sorgte dafür, dass die alten Argumente durch neue ersetzt werden mussten. Um im Gespräch zu bleiben, sich neu zu positionieren, bot sich der PC-Diskurs geradezu an. Selbstverständlich waren die freiheitlich Denkenden, ich inbegriffen, entrüstet. Unter dem Deckmäntelchen der Diskriminierungsprävention wurde hier eine neue Form der Zensur propagiert, das Zurückbinden freier Diskussionen, der Ausschluss Andersdenkender von der intellektuellen und politischen Debatte. Absehbar war: Das würde gravierende Folgen für die Medien und auch für die öffentliche Meinung haben. Gleichzeitig befand sich anfangs der 1990er-Jahre die Schweizer Presse in einer ersten, schweren Krise. Die Parteiblätter waren verschwunden oder im Begriff, zu verschwinden (ein Beispiel ist die Fusion von «Vaterland» und «Luzerner Tagblatt» im Jahr 1991), um Platz für die sogenannten «Forumszeitungen» (mit Verzicht auf eine klare, eigene Weltanschauung bzw. Haltung) zu machen.

Der bekannte Journalist Urs Paul Engeler behauptet schon damals, dass die Forumszeitungen eher Einheitsbrei denn Diskussionsstoff liefern würden – zu deckungsgleich waren das journalistische Personal und die Zielgruppe. Der Medienprofessor Roger Blum charakterisierte die Schweizer Medien und ihre Journalisten als «staatsgläubiger und staatstragender als ihre ausländischen Kollegen», und zwar untereinander (sodass keiner ein Interesse daran haben konnte, Kollegen zu kritisieren oder gar anzugreifen) wie auch gegenüber dem politischen System und seiner Verwaltung (sodass die offizielle Doktrin meist auch die Medienmeinung war). Das anvisierte Publikum der «neuen» Medien der 1990er, nochmals Engeler, seien die grün-links-fortschrittlich-etatistischen Städter. Das konnte nicht gutgehen. Ich entschied mich, dabei zu helfen, ein Konkurrenzangebot zu lancieren. Aber in welcher Form?

Die Jean Frey AG hatte damals interessante Titel wie Beobachter, Weltwoche, Bilanz – aber auch massive finanzielle Probleme. Die Gelegenheit, hier einzusteigen, war interessant, und für mich und meine Freunde sollte die Intervention ein Schachzug werden, um eine oppositionelle Stimme gegen die politisch korrekten Durchschnittspublikationen zu etablieren und ein Zeichen gegen die Konzentration in der Schweizer Medienlandschaft zu setzen. Die Weltwoche war das ideale Werkzeug dazu.

Mithin wollten wir vermeiden, dass Ringier den Beobachter bekam und ihn auch noch zu einer politisch korrekten Zeitschrift machte: Die Leser des Beobachters waren und sind diejenigen, die zur «la Suisse profonde» gehören. Die Zeitschrift setzte sich für die praktischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse ein und sollte, so unser Ziel, diesen Charakter nicht verlieren.

Ungeachtet der Ängste von Herrn Bodenmann, dem ehemaligen Präsidenten der SP, der prognostiziert hatte, dass wir eine kleine Gruppe von «reaktionären Altherren» seien, die ihr Geld verschwenden wollten, endete die ganze Übung positiv: Wir haben die Firma dank der professionellen Führung von Filippo Leutenegger neu organisiert und später sowohl Beobachter wie Bilanz an Axel Springer abgetreten – mit einem anständigen Gewinn. Die Weltwoche wurde an Herrn Köppel verkauft. Warum?

Nicht nur, um eine Gesinnungspublikation, ein Magazin, das eine liberale Ideologie verbreitet, zu haben. Nein, für uns war die Antwort auf immer mehr Einheitsbrei nicht Ideologie, sondern gepflegte «Unkonventionalität». Mit Texten und Beiträgen sollte sie zeigen, dass die Eintönigkeit der Political Correctness gefährlich ist und uns nichts als demütigende Monotonie bringt. Wir plädierten für die Freiheit der Andersdenkenden, der Kritiker jeder Farbe. Wir sprachen uns aus gegen den Schutz heiliger Kühe und für die Neugier, ja die wissenschaftliche Notwendigkeit, um die Ecke zu schauen! Wir ersannen ein Oppositionsmagazin, das kritisch gegenüber unseren Behörden und ihren Vertretern sein sollte. Wir wollten das Wort auch denjenigen Intellektuellen, Wissenschaftlern und Politikern erteilen, die nicht zum Mainstream gehören. Kurz: Wir betrieben unkonventionellen und oppositionellen Minderheitenschutz!

Ja, das war und ist in der Schweiz nicht üblich, stört mitunter gar – aber es wirkt erfrischend. Es war keine leichte Aufgabe, natürlich wurden auch Fehler gemacht, Gefühle verletzt. Aber das war und ist leider der Preis, den es zu zahlen gilt. Mein ganz subjektives Urteil: Die Weltwoche hat sich als unkonventionelles Oppositionsmagazin etabliert. Die Übung ist uns also gelungen.

Erst später kam die Möglichkeit, auch die BaZ zu übernehmen, eine Tageszeitung, die ausreichend politisch korrekt war, um die Basler Linke zu befriedigen – und genügend unbedeutend, sodass die Bürgerlichen und ihre Geschäfte nicht gestört wurden. Die BaZ erschien als eine interessante Gelegenheit, aber auch als eine grössere Herausforderung in Anbetracht der grossen Präsenz von Linksintellektuellen und Linksalternativen in Basel. Wir hatten uns also auf heftige Reaktionen vorbereitet – das, was folgte, war aber in seiner Heftigkeit nicht abzusehen.

Ich habe nichts, wirklich rein gar nichts gegen intellektuelles und politisches Streiten, ich befürworte beides ausdrücklich. Inakzeptabel hingegen ist es, den politischen oder weltanschaulichen Gegner nicht sprechen zu lassen. Genau das passierte mir aber nun in Basel. Mit Strassenversammlungen, «roten Karten» und angedrohten Störungen zwang man die Statistisch-Volkswirtschaftliche Gesellschaft Basel, die mich zu einem Vortrag an der Universität Basel eingeladen hatte, um über «Mediokratie – Die Macht der Medien: eingebildet oder real?» zu referieren, meinen Auftritt abzusagen. Meine Meinung, und ich teile sie: Wer dem Andersdenkenden die Sprache verbietet, führt keine ideologische Kampagne mehr, sondern liefert sich dem Fanatismus aus. Das sind echt faschistische Methoden!

Ich lese gelegentlich die Wochenzeitung WOZ und teile selten, was dort geschrieben steht. Aber ich würde nie etwas unternehmen, das die Redaktoren der Wochenzeitung daran hindert, zu schreiben was sie wollen. Die WOZ ist nützlich und unabdingbar für die Medienvielfalt in diesem Land wie all die anderen unabhängigen Stimmen. Teilen der Basler Linken geht diese Wertschätzung der Freiheit Andersdenkender ganz offenbar ab – was in Basel zur Anwendung kam, war eher die alte faschistische Methode des Mundtotmachens.

Gerechtfertigt ist allerdings die Frage, ob die «Übung BaZ» am Ende gelungen ist. Ich würde sagen: Ja und Nein.

Als Nachweis für das Ja zitiere ich einen Titel der NZZ: «Eine provokative BaZ tut Basel gut». Der Journalist Daniel Gerny schreibt: «Basel hat von dieser Auseinandersetzung profitiert. Denn eine Medienlandschaft, in der ab und zu über die Stränge geschlagen wird, ist besser als gepflegte Langeweile. Nichts ist schädlicher für eine Stadt mit Unternehmen und kulturellen Institutionen auf Topniveau, als wenn sie sich nicht mehr bestätigen und herausfordern lässt. Das führt direkt in die Provinzialität.»

Wie Provinzialität und Einheitsbrei aussehen, demonstrierte die Schweizer Presse anhand einiger Meldungen über eine vermeintliche Krippenplatznot im Jahr 2005. Die Titel der acht wichtigsten Schweizer Tageszeitungen zu einer Nationalfonds-Studie lauteten damals, so Urs Paul Engeler:

«Es braucht 50 000 Krippenplätze»
«Es fehlen 50 000 Krippenplätze»
«50 000 Plätze in Krippen fehlen»
«Der Beweis: Es fehlen 50 000 Plätze für Kinder»
«Gesucht: 50 000 neue Krippenplätze»
«Il manque 50 000 places en garderie»
«50 000 Kinder ohne Krippenplatz»
«In der Schweiz fehlen 50 000 Krippenplätze».

Eine derart faule Monotonie kann nur zustande kommen, wenn der Wille, die Ergebnisse einer Studie zu hinterfragen, die die Verwaltung kommissioniert hatte, fehlt. Mehr noch: Wenn eine solche Studie von allen Redaktionen des Landes als eine nicht zu bestreitende Wahrheit akzeptiert wird.

Wir haben also Basel und die Schweiz herausgefordert: Mit den bemerkenswerten Leitartikeln von Markus Somm am Samstag, der versuchte, das Andersdenken zu erörtern, während am gleichen Tag stets die Kolumne von Helmut Hubacher erschien – nicht als Alibi, sondern als klares Signal und Weckruf für die Vielfalt der Stimmen. Indem die BaZ Journalisten, die nicht dem «Mainstream» angehörten, sondern einen anderen Standpunkt vertraten und die elitäre Haltung «ich weiss, was für dich Leser gut ist» nicht teilten, einen Platz bot, um sich in einem nicht hemmenden Umfeld zu betätigen, einen Ar-

beits- und Ausbildungsplatz zu finden, den sie sonst nicht erhalten hätten, haben wir de facto eine Nachwuchsabteilung einer dissidenten Publizistik aufgebaut. Die Recherchen und Berichte des Bundeshauskorrespondenten wurden in Bern sehr achtsam gelesen – unter anderem übrigens, weil sie sich nicht als reines Sprachrohr der Pressekonferenz der Bundesräte und Bundesverwaltung ausnahmen, sondern stets hinterfragten, kämpfend gegen einen höflichen Einheitsbrei.

Die BaZ hat auch indirekte Wirkungen gehabt: Ich wage zu behaupten, dass ohne den neuen, liberal-konservativen Kurs der BaZ auch die NZZ keinen neuen Chefredaktor erhalten hätte. Man kontert, die BaZ verliere Leser. Das stimmt. Aber zwischen 2013 und 2018 hat der Tagesanzeiger 24%, die NZZ 21% und die BaZ 19,5% verloren. Wenn von einem Misserfolg gesprochen wird, so muss dieser immerhin relativiert werden.

Was ist aber tatsächlich nicht gelungen? Der Schritt aus der Provinz hinaus. Vom ersten Tag an war klar, dass die BaZ ein erstklassiges Sprungbrett auf die nationale Bühne war, dass wir aber – um Gehör auf Schweizer Ebene zu finden – auch auf Allianzen angewiesen waren, die es uns erlaubten, uns ausserhalb von Basel zu positionieren.

Leider ist es nicht gelungen, diese Grenzen zu sprengen. Die Gründe dafür sind nicht nur ideologischer Art, sondern auch geschäftlicher – die klar aufgeteilten Möglichkeiten und Interessen bei der Aufteilung des Leserkuchens innerhalb des Schweizer Medienwesens sind eine Tatsache, und die Grenzen derselben sind hartnäckig. Ich bin heute nicht mehr involviert, aber ich verstehe, dass die Aktionäre – nach dem Misserfolg bei der Bildung von Allianzen, welche die Zukunftschancen hätten verbessern können – zu dem Ergebnis kommen, dass die BaZ, die heute gut rentiert, in einigen Jahren deutlich weniger Einnahmen aus der Werbung haben wird und deshalb an Wert verliert. Auch guten Ideen ist nicht mit schlechten Geschäften geholfen (und effektiv ist einige Tage nach meinem Vortrag die BaZ an Tamedia verkauft worden). Eine unnötige Fehlübung war die BaZ aber aus meiner Sicht nicht. Viele gute Ideen sind hier verwirklicht, viele gute Journalisten sind hier ausgebildet worden, konnten sich verwirklichen, und die Debatte muss weitergehen. Denn davon leben die Demokratien.

III. Eine sich ändernde Welt und ihre Regelungsflut

Mit den 1950er-Jahren begannen die «Trente Glorieuses». Sie wurden von einigen Kommentatoren mythisiert als die Jahre, in denen eine aufgeklärte und sozialorientierte Politik einen Boom hervorrief. Das stimmt so nicht. Ursache des Booms war der Wiederaufbau eines zu grossen Teilen zerstörten Europas nach dem Krieg. Und wer die 1950er-Jahre nicht erlebt hat, kann sich nicht vorstellen, wie demütigend die heutigen Zeiten für Leute sind, die etwas unternehmen wollen. Seinerzeit hatte, wer mitmachen wollte, die Möglichkeit, die eigenen Ideen ohne zu viele Hindernisse zu realisieren. Unternehmer und Geschäftsleute profitierten gleich doppelt von ihrem Mut: Einerseits erwirtschafteten sie eine Rendite, andererseits zollte man ihrem Schaffen auch einen gewissen Respekt. Es

handelt sich um genau jene soziale Achtung, die die Ökonomin Deirdre McCloskey in ihren Büchern als Treiber des Fortschritts seit der industriellen Revolution beschreibt.

Ein banales Beispiel mag das illustrieren: Das Stockwerkeigentum war damals noch unbekannt, gleichwohl verlangte der Markt danach. Wir Anwälte fanden eine Lösung durch die Gründung von Aktiengesellschaften, in denen die Aktien – vereinfacht gesagt – in verschiedene Pakete geteilt waren und jedes davon einer Eigentumswohnung entsprach. Heute hätten wir etliche Instanzen zwischen Problem und Lösung, die alles unternehmen würden, um letztere zu schleifen oder gar zu verbieten, inklusive der FINMA. Aber damals waren Ideen, Kreativität und Wettbewerb noch bestimmend. Mit der AG-Lösung für Stockwerkeigentum wurde einerseits ein Bedürfnis befriedigt, andererseits Arbeit für Architekten, Baufirmen, Handwerker, Anwälte und Makler geschaffen. Wir haben damals keine Zeit verloren, um auf ein Gesetz zu warten, das unsere Probleme löst – und wir taten gut daran, denn selbiges wurde erst 1965 erlassen.

Mit den Steuerbehörden verhandelte man in diesen Jahren ohne Boshaftigkeit, und zwar im Rahmen des ewigen Streites zwischen Steuereintreiber und Steuerzahler, der die ganze Menschheitsgeschichte durchzieht. Schon auf einer Tafel aus der Zeit der Sumerer (3. Jahrtausend v. Chr.) steht geschrieben: «Fürchte nicht deinen Gott, fürchte nicht deinen König, fürchte den Steuereintreiber.» Ja, natürlich: Der Staat erlässt die Steuergesetze, beschliesst, wie sie angewendet werden, besteuert die Bürger, gilt gleichzeitig als Rekursinstanz usw. In Anbetracht all dessen wurde die Steueroptimierung stets akzeptiert als die legitime Möglichkeit im Rahmen des Gesetzes, um Steuern zu sparen. Wer an diesem bewährten Schutz- und Abwehrmechanismus aber heute noch hängt, gar davon Gebrauch macht, dessen Handeln wird als moralisch verwerflich etikettiert. Wir sind längst alle potentielle Steuerhinterzieher! Und die Beamten fühlen sich verpflichtet, aus ihren Untertanen das Maximum herauszuholen – die «leeren» Kassen wollen schliesslich gefüllt werden.

Wieso werden jährlich 6000 bis 7000 Seiten an Gesetzen erlassen? Wieso brauchen wir heute 70 000 oder mehr Seiten von Bundesgesetzen, plus Gesetze und Verordnungen von FINMA, WEKO, ECom usw.? Wieso befand sich die Schweiz in der Rangliste für die unkomplizierte Neueröffnung eines Geschäftes gemäss dem «Doing Business» der Weltbank im Jahr 2007 an 27. Stelle und nimmt heute nur den 71. Rang ein? Wieso sind heute in der Schweiz mehr als eine Million Personen direkt oder indirekt vom Staat besoldet? Wieso wird behauptet, dass wir von der Verwaltung regiert werden? Aus welchen Gründen hat sich ein dramatischer Wandel im letzten halben Jahrhundert ereignet, der die Machtverhältnisse zugunsten des Staates massiv geändert hat? Die Reihe der Fragen könnte lange weitergehen, aber es ist wichtiger, eine Antwort auf das «Wieso» anzudeuten. Zu dieser Entwicklung beigetragen haben, glaube ich, u.a.:

1. die falsche (staatliche) Lösung gegenüber dem Bedürfnis von Solidarität;
2. das Vorhandensein einer kriegswirtschaftlichen Bürokratie, die nach dem Krieg weiter verwaltet hat;

3. das Misstrauen der Linken und von Teilen der Christlichen gegenüber dem Menschen, der geschützt werden soll;
4. die falsche Antwort auf das Problem der Komplexität: Die Macht wurde nach oben delegiert, an überstaatliche und undemokratische Gremien, statt auf Subsidiarität zu setzen.

All das entsprach einem sozialdemokratischen Modell. Aber der Reihe nach:

1. *Solidarität*

Die ersten Jahre nach dem Krieg waren für Europa noch schlimmer als die Kriegserfahrung selbst. In diesem Zusammenhang sei jedem die Lektüre des Meisterwerkes von Tony Judt «Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart» zu empfehlen.

Die Gesellschaft hatte grosse Schulden zu begleichen mit den Opfern des Krieges, meistens mit den weniger begüterten Klassen, die in den Krieg geschickt worden waren und mehr gelitten hatten, mit all ihren Verwundeten, Witwen, Waisen, den unzähligen Geschädigten. Gleichzeitig war man zur allgemeinen Überzeugung gelangt, dass eine fortschrittliche Gesellschaft der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts «solidarisch» statt «kriegerisch» sein sollte. Man wollte nicht dulden, dass jemand verhungert aufgrund seiner Arbeitslosigkeit oder leidet, weil er krank oder alt war.

Das alles waren und sind legitime Anliegen; die Lösung dieser drei Probleme aber praktisch exklusiv dem Staat anzuvertrauen, ohne Mitwirkung der Zivilgesellschaft, war ein grosser Fehler. Die Regierungen waren selbstverständlich damit einverstanden, dieses Solidaritätsmonopol zu erhalten. Das bedeutete mehr Macht für diejenigen, die regierten, mehr Möglichkeiten, vermeintliche «Gratis»-Dienste anzubieten, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger damit immer abhängiger zu machen. Es handelt sich um den Tradeoff von Stimme gegen staatliche Leistungen. Der stille Konsens, der sich hier etablierte, regiert bis heute.

Natürlich war die Linke, die mit Intelligenz und Kohärenz die Möglichkeiten sah, die dieses Konzept des sozialdemokratischen Staates für sie bot, damit sehr einverstanden: grosse Sozialleistungen dank immer mehr Umverteilung, hohe Steuern und Staatsschulden als unvermeidliche Konsequenz. Die christlichen Parteien tappten in dieselbe Falle und glaubten, mit einer substantiellen sozialdemokratischen Politik ihre eigenen Wähler behalten zu können.

2. *Die kriegswirtschaftliche Bürokratie*

Menschliche Solidarität wurde mit dieser Allianz aus Sozial- und Christdemokraten in staatlich-bürokratische Assistenz umgewandelt, eine Opposition dagegen war weitgehend inexistent. Zur Umsetzung des Plans, die überall in Europa zu beobachten war, brauchten alle Regierungen ihre Verwaltungen, die wiederum aus den immer noch existie-

renden Kriegsbürokratien bestand. Wenn ein modernes Land einen Krieg verliert, so kann man die politische Klasse enthaupten – aber der aufgebauten Bürokratien kann man sich nicht so leicht entledigen. Die Maschine muss weiter funktionieren. Wer wollte in Zeiten der Armut und des Wiederaufbaus schon hunderttausende Staatsangestellte extra auf die Strassen stellen? Selbstverständlich waren die Bürokraten der Gewinner- oder Verlierernationen keine Liberalen, keine Marktwirtschaftler. Sie wurden geformt durch autoritäre Regimes oder durch die Kriegswirtschaft, die alles ist, aber nicht marktwirtschaftlich. Die Wirtschaftsvertreter, oft kurzsichtig und diesmal verständlicherweise beschäftigt mit dem Wiederaufbau, waren heilfroh mit der Aufgabe der Solidarität gerade nichts zu tun zu haben – vielleicht auch beseelt von der Illusion, dass der Staat und nicht sie die langfristigen Kosten zahlen würde.

Anstelle einer fortschrittlichen Gesellschaft, gestützt auf die überzeugte Solidarität unter Miteinbezug der Zivilgesellschaft, haben wir Gesellschaften geschaffen, die abhängig von der staatlich-bürokratischen Assistenz waren und sind. Im Wesentlichen war das ein sozialdemokratisches Modell (das auch Wichtiges erreicht hat), das uns bis heute überflutet mit Interventionen, immer neuen Gesetzen, Wirtschaftshürden und weiteren Bürokratien, immer neue, höhere Steuern, um all das zu zahlen – und am Schluss die Überschuldung.

3. Das Misstrauen gegenüber den Individuen: Der Staat soll die Bürger von der Wiege bis zur Bahre schützen.

Die Konsequenz der oben skizzierten exklusiven Übernahme des Sozialleistungsnetzes seitens des Staates war die Ermächtigung, Bürgerinnen und Bürger unter Vormundschaft zu stellen. Das hat auch abseits nicht finanzierbarer sozialer Wohltaten katastrophale Konsequenzen: Da ist zunächst der Verantwortungsentzug. Warum soll ich, so fragt mancher Bürger heute, Verantwortung übernehmen für mich, für meine Familie, für die Gesellschaft – wenn der Staat doch «dafür da» ist? Andererseits rechnet derselbe Bürger mit Unterstützung, auch wenn er keine Arbeit hat oder findet. Es entsteht in allen Bevölkerungsschichten der Eindruck, gegen jedwedes Risiko geschützt zu sein. Dem ist aber nicht so: Risiko ist im Leben immanent. Die Kasko mentalität, die vom Staat kommt, hat als Konsequenz jene Menge von Gesetzen, die manchmal eine winzige Minderheit vor kleinen, seltenen Risiken schützen, aber der Mehrheit immer höhere Kosten aufbürden. Diejenigen, die glauben, gegen jedes Risiko geschützt zu sein, werden am meisten leiden, wenn doch einmal etwas passiert.

4. Die Komplexität

Die Welt ist über die Jahre hinweg komplexer geworden, die Probleme unserer Gesellschaften sind schwieriger zu lösen. Viele Politiker glauben heute, dass die Lösung vieler internationaler Probleme – aufgrund zahlreicher werdender Interdependenzen – der Ersatz der nationalen Strukturen durch internationale technokratische Gebilde sei. Das hat zu gefährlichen Gebilden wie den G20 geführt, die keine verfassungsrechtliche Basis und

keine Gerichtsbarkeit kennen und einigen Ländern erlauben, mit Arroganz zu befehlen. Man wendet zwar «soft power» an, sagt aber eigentlich nichts anderes als: Entweder machst du, was wir wollen, oder du bist raus!

Das Fehlen jeglicher Gerichtsbarkeit verunmöglicht es den Kleinen – wie der Schweiz, die noch dazu ohne Grund den G20 nicht angehört –, sich zu verteidigen. Im Jahr 900 schickte man die Kanonenboote in die Häfen, heute benutzt man die G20. Leider ist der viel demokratischere Weg der Subsidiarität, der die Grossen hemmt (und deshalb stört) aufgegeben worden, fast in Vergessenheit geraten.

Die Nachkommen der Generation, die Europa wieder aufgebaut hat, sind nun bereits wohlhabend, sie kümmern sich weniger um Profit. Im Gegenteil ist Profit etwas, das sie mit Argwohn betrachten. Im Grunde glauben die «Sozialisten aller Parteien», denen Bundesrat Villiger sein lesenswertes Buch «Die Durcheinanderwelt – Irrwege und Lösungsansätze» gewidmet hat, an den Staat (und weniger an Individuum oder Marktwirtschaft) als Löser aller Probleme. Und dieser Trend ist nicht zu bremsen. Als Eigentümer von zwei Hühnern muss ich jährlich ein sechsseitiges Formular ausfüllen, das ich mit einem netten Begleitschreiben und einigen Seiten Erklärungen vom Finanz- und Wirtschaftsdepartement, Landwirtschaftssektion, Büro der Landwirtschaftsberatung, bekomme. Meine Erklärung wird an zehn oder mehr andere Staatsstellen weitergeleitet. Derweil verpflichtet eine Regel die Köche in den Restaurants zum Händewaschen. Kann man einem ausgebildeten Koch nicht zutrauen, dass er das ohnehin macht? Und zwar auch dann, wenn er das Reglement gar nicht kennt? Und wenn das nicht der Fall ist? Sollten wir nicht Koch-Handwasch-Kontrollleure durch die Küchen des Landes schicken?

In der NZZ habe ich gelesen, dass das Reglement für «Raumstandards für den Bau von Betreuungsstätten der Volksschule in der Stadt Zürich» vorsieht, dass im Zahnputzbereich Nachhallzeiten von 0,6 bis 0,8 Stunden einzuhalten sind, um den nötigen Schallschutz zu gewährleisten. Und falls man bei der Essensanlieferung auf dem Korridor an einer Toilette vorbeikommt, so muss die WC-Türe nicht nur luftdicht verschlossen sein, nein, im Inneren der Toilette sollte zusätzlich auch noch ein leichter Unterdruck herrschen (Jan Hudec, NZZ 27.02.2018). Ich war sprachlos und unfähig, etwas hinzuzufügen.

IV. Ausblick

Nach den «Trente Glorieuses» hat sich ein Misstrauen gegenüber der Wirtschaft und Unternehmern etabliert, das einem entsprechenden Misstrauen gegenüber dem Profit Vorschub leistet. Damit einher geht eine falsche Überbewertung von allem, was staatlich und non-profit ist, in der blinden Überzeugung, dass jede gute oder richtige Lösung beim Staat liege und non-profit «ehrlicher» sei.

Wir beobachten deshalb eine Aufblähung der parasitären Intermediation der Bürokratie als Konsequenz einer unnötigen Anhäufung von Gesetzen mit hysterischer, akribischer

Kontrolle und entsprechend hohen Kosten. Die Folge ist der Glaube vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass man immer alles vom Staat bekommen kann, ohne etwas zu leisten: Ansprüche werden als Recht betrachtet – und wenn das Geld nicht mehr da ist, stimmt man für die Protestparteien, die noch mehr versprechen.

Das sozialdemokratische Modell stolpert, zeigt längst seine Schwächen. Die Staaten sind überschuldet und verfügen nicht mehr über genügend Mittel, um die immer weiter steigenden Ansprüche vieler Bürger zu befriedigen. Die Mittel wiederum fehlen, weil die Produktion von Reichtum gehemmt wird. Die Wähler – egoistisch und undankbar – stimmen derweil nicht mehr sozialdemokratisch oder für die Massenparteien, sondern für die Anti-Establishment-Bewegungen.

Eine düstere Zukunft? Vielleicht. Vielleicht werden aber auch neue technische Errungenschaften wie die Blockchain (die die parasitäre Intermediation der Bürokratie ersetzen könnte) dafür sorgen, dass dem Trend in einer neuen, digitalisierten Gesellschaft – dominiert von Big Data, virtueller Realität, Robotern, künstlichen Intelligenzen – Einhalt geboten werden kann. Aus diesem Grund möchte ich vorschlagen, dass wir unsere Diskussion in 30 Jahren weiterführen. Für meine Präsenz allerdings kann ich heute noch keine Gewähr geben.

Universitätsreden

1	Walter Kirchschräger	Pluralität und inkulturierte Kreativität. Biblische Parameter zur Struktur von Kirche <i>[Rektoratsrede, 7. November 1997]</i>
2	Helmut Hoving	Göttliche und menschliche Personen. Die Diskussion um den Menschen als Herausforderung für die Dogmatik <i>[Antrittsvorlesung, 30. Oktober 1997]</i>
3	Rudolf Zihlmann	Zur Wiederentdeckung des Leibes. Vom Zen-Buddhismus zu neueren westlichen Erkenntnissen <i>[Gastvorlesung, 12. November 1997]</i>
4	Clemens Thoma	Das Einrenken des Ausgerenkten. Beurteilung der jüdisch-christlichen Dialog-Geschichte seit dem Ende des zweiten Weltkrieges <i>[Abschiedsvorlesung, 18. Juni 1998]</i>
5	Walbert Bühlmann	Visionen für die Kirche im pluralistischen Jahrtausend <i>[Festvortrag an der Thomas-Akademie, 21. Januar 1999]</i>
6	Charles Kleiber	L'Université de Lucerne, quel avenir? <i>[Vortrag Generalversammlung Universitätsverein Luzern, 25. März 1999]</i>
7	Helga Kohler-Spiegel	«Wenn ich könnte, gäbe ich jedem Kind einen Leuchtglobus...» <i>[Abschiedsvorlesung, 9. Mai 1999]</i>
8	Rolf Dubs	Universitätsstudium – Anforderungen aus der Sicht der Lehr- und Lernforschung <i>[Festvortrag vom Dies Academicus, 10. November 1999]</i>
9	Kaspar Villiger	400 Jahre Höhere Bildung in Luzern – Bildung an der Schwelle des 21. Jahrhunderts <i>[Dokumentation der 400-Jahr-Feier, 5. April 2000]</i>
10	Enno Rudolph Gabriel Motzkin Beat Sitter-Liver Uwe Justus Wenzel	Menschen züchten? Nach der Sloterdijk-Debatte: Humanismus in der Krise <i>[Podiumsgespräch, 13. Januar 2000]</i>

11	Kurt Seelmann	Thomas von Aquin am Schnittpunkt von Recht und Theologie <i>(Festvortrag an der Thomas-Akademie, 20. Januar 2000)</i>
12	Paul Richli	Das Luzerner Universitätsgesetz im Fokus der Rechtswissenschaft <i>(Dokumentation, 26. Oktober 2000)</i>
13	Andreas Graeser	Nachgedanken zum Begriff der Verantwortung <i>(Festvortrag zum fünfzehnjährigen Bestehen des Philosophischen Seminars, 7. November 2000)</i>
14	Johann Baptist Metz	Das Christentum im Pluralismus der Religionen und Kulturen <i>(Festvortrag an der Thomas-Akademie, 25. Januar 2001)</i>
15	Paul Richli	Eröffnungsfeier der Rechtswissenschaftlichen Fakultät <i>(Ansprachen, 22. Oktober 2001)</i>
16	Helen Christen	Fallstrick oder Glücksfall? Der deutsch-schweizerische Sprachformengebrauch in Diskussion <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 5. November 2003)</i>
	Hubertus Halbfas	Traditionsabbruch. Zum Paradigmenwechsel im Christentum <i>(Festvortrag zur Thomas-Akademie, 22. Januar 2004)</i>
17	Gabriela Pfyffer von Altishofen	Infektionskrankheiten. Schreck von gestern – Angst vor morgen? <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 3. November 2005)</i>
	Florian Schuller	Vom Nach-denken und vom Vor-denken. Oder: Wo sich gangbare Wege zeigen in der Krise christlicher Existenz <i>(Festvortrag zur Thomas-Akademie, 19. Januar 2006)</i>
18	Rudolf Stichweh	Die zwei Kulturen? Gegenwärtige Beziehungen von Natur- und Humanwissenschaften <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 9. November 2006)</i>
	Felix Bommer	Hirnforschung und Schuldstrafrecht <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 24. Oktober 2007)</i>

19	Rudolf Stichweh	Universität nach Bologna. Zur sozialen Form der Massenuniversität <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 29. Oktober 2008)</i>
	Rudolf Stichweh	Universität in der Weltgesellschaft <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 1. Oktober 2009)</i>
20	Paul Richli	Die Universität als rechtlicher Raum <i>(Akademische Rede am Dies Academicus, 4. November 2010)</i>
21	Monika Jakobs	Wissenschaft und Gender <i>(Akademische Rede am Dies Academicus, 2. November 2011)</i>
	Dick Marty	Zehn Jahre Rechtswissenschaftliche Fakultät Luzern <i>(Festvortrag zur Jubiläumsfeier der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern, 11. November 2011)</i>
22	Harold James	Internationale Ordnung nach der Finanzkrise <i>(Gastvortrag auf Einladung des Ökonomischen Seminars und des Historischen Seminars der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, 22. November 2011)</i>
23	Walter Kirchschräger	«Die Kirchen Gottes (die in Judäa sind) in Christus Jesus.» [1 Thess 2,14] <i>(Abschiedsvorlesung vom 23. Mai 2012)</i>
24	Aram Mattioli	Die Native Americans und der Memory-Boom in den USA <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 8. November 2012)</i>
25	Fritz Zurbrügg	Fiskal- und Geldpolitik im Spannungsfeld stabilitätsorientierter Wirtschaftspolitik <i>(Vortrag auf Einladung der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, 21. November 2012)</i>
26	Paul Richli	Der Schweizer Franken und sein Wert – ein juristischer Aufreger erster Güte <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 7. November 2013)</i>
	Harold James	Europa und Euro <i>(Gastvortrag am 7. November 2013 an der Universität Luzern anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät.)</i>

-
- 27 Kaspar Villiger **Schuldenbremsen: Undemokratische Einschränkung der parlamentarischen Budgethoheit oder notwendige Selbstbindung der Politik?**
(Gastvortrag auf Einladung der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, 27. Oktober 2014)
-
- 28 Sir Anthony Kenny **Determinismus und Freiheit: Eine lebenslange Auseinandersetzung**
(Gastvortrag auf Einladung der Theologischen Fakultät, 26. April 2017)
-
- 29 Josef Ackermann **Zerstörerische Schöpfung: Lehren aus der Finanzkrise und die Zukunft Europas**
(Gastvortrag im Rahmen der Reichmuth & Co Lecture Nr. 8, 5. September 2017)
-
- 30 Gerhard Schwarz **Weder gottgleich noch dämonisch: Argumente für die Vereinbarkeit des Kapitalismus mit dem Christentum**
(Ausführliche Fassung des Gastvortrags vom 3. November 2016 im Rahmen des Anlasses «Der Kapitalismus – ein Feind der Kirchen?» auf Einladung der Theologischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät)
-
- 31 Valentin Groebner **Tell –ein Held unterwegs**
Michael Blatter *(Referat an der Tagung «Ende der Alpenrepublik? Wilhelm Tell begegnet Andreas Hofer» vom 27. April 2018, veranstaltet vom Historischen Seminar der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät)*
-

